



# Verstärkter Fluglärm vorprogrammiert

Am 2. September begann eine neue Serie von NATO-Herbstmanövern. Sie sollen zwei Monate dauern und in einem Gebiet vom Nordkap bis zum Mittelmeer, von der Ostgrenze der Türkei bis zum Atlantik durchgeführt werden. Beteiligt sind an dem Kriegsspiel 300.000 Soldaten, über 2.000 Kampflugzeuge, 300 Kriegsschiffe. Das Ganze findet unter dem Namen „Autumn forge“ (Herbstschmiede) statt.

Zentrales Manövergebiet wird die Bundesrepublik sein. Im Rahmen des „Reforger“-Programms sollen tausende US-Soldaten zusätzlich in die Bundesrepublik eingeflogen werden, vor allem über den Rhein-Main-Flughafen. Damit sind für die Bürger unserer Region unruhige Wochen mit zusätzlichem Fluglärm, bei Tag und bei Nacht, vorprogrammiert.

## Alles wegen der „Bedrohung“ aus dem Osten?

Von den Befürwortern der Kriegsmäner hört man immer wieder, das alles sei notwendig wegen der „Bedrohung aus dem Osten“. Für den, der sich ein wenig um die Realität kümmert, ist diese Begründung mehr als durchsichtig. Der „Osten“ bedroht uns nicht. Wer will, kann es nachlesen. Mehr als 140 Vorschläge für Abrüstung hat die Sowjetunion in den letzten Jahren unterbreitet. Die Sowjetunion will und braucht Frieden. Denn nur im Frieden können sozialistische Ziele und Ideale verwirklicht werden.

Denen, die dauernd von „Bedrohung“ reden, sagen wir: Bedroht sind die

Menschen in der Rhein-Main-Region von der für Profit und Krieg bestimmten Startbahn-West, von der US-Air Base, vom US-Bombendepot im Oberwald.

In diesen Tagen ist aus Presseberichten bekannt geworden, daß amerikanische Militärstrategen in einer Geheimstudie einen „langandauernden Atomkrieg für möglich und für die USA gewinnbar halten“.

Der in der ganzen Welt bekannte amerikanische Senator J. William Fulbright

erklärte kürzlich zur Rüstungspolitik des US-Präsidenten Reagan: „Dieser Verteidigungshaushalt ist so groß, die Betonung der Nuklearwaffen so stark und der Redeschwall über die sowjetische Bedrohung so extrem, daß man dem Gefühl nicht widerstehen kann, daß wir uns darauf vorbereiten, einen Atomkrieg zu führen und zu gewinnen.“

Das ist ein vernichtendes Urteil über Reagans Politik. Die Führung der USA ▷



*In den Städten und Gemeinden kommen jetzt langsam die Parteien samstags auf die Straße. Es ist Wahlzeit. Die DKP-Mörfelden steht jedoch immer am „Dalles“. Jeden Samstag können die Bürger unserer Stadt dort mit Kommunalpolitikern sprechen, die UZ kaufen oder den neuesten „blickpunkt“ mitnehmen. Einsatz für den Bürger, „Diskussion und Gespräch“, darf nicht nur vier Wochen vor Wahlen stattfinden.*

▽ orientiert auf einen Atomkrieg, der in Europa stattfinden soll.

Die Absichten der atomaren Kriegstreiber gehen auch aus einem Leitartikel der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (20. August) hervor. Dort fordert der ehemalige Nazi-Generalstabsler Weinstein, daß „zur Vorwärtsverteidigung übergegangen wird“.

### Was ist das – „Vorwärtsverteidigung“?

„Vorwärtsverteidigung“ – damit wird Angriff und Überfall auf sozialistische Länder umschrieben. Wörtlich fordert Weinstein: Mit den modernsten Waffensystemen, „die sogenannte Erste Staffel der Truppen des Warschauer Paktes von der ihr nachfolgenden Zweiten und Dritten Staffel abzuriegeln. Pershing-Raketen, Cruise missiles, viele taktische Kampfflugzeuge und die als Präzisionswaffen bezeichneten Superwaffen, elektronisch gesteuert“, müßten die Truppen des Warschauer Vertrages „dort packen, wo sie aufmarschieren, in der Tiefe ihres Grenzraumes“. Also auf dem Territorium der DDR. Deshalb sollen große Teile der Bundesrepublik als Aufmarschgebiet für die „Vorwärtsverteidigung“, für den „Kreuzzug gegen den Osten“ vorbereitet werden.

Damit ist auch klar, welchen Zielen die jetzt begonnenen NATO-Herbstmanöver dienen. Man muß es deutlich aussprechen. Es handelt sich um die direkte Vorbereitung eines Krieges.

Nie war es so notwendig wie heute, sich für die Erhaltung des Friedens einzusetzen, z.B. durch Protest gegen die neuen NATO-Manöver, durch Protest gegen den Mißbrauch des Frankfurter Flughafens für amerikanische Kriegsvorbereitung. Unsere Stadt hat mit der Proklamierung der „Atomwaffenfreien Zone“ den richtigen Weg eingeschlagen. Wir werden alle dazu beitragen müssen, daß es nicht bei der Proklamation bleibt.

### Der Unterschied

Worin liegt der Unterschied zwischen einem Maikäfer und Holger Börner?

Ganz einfach. Der Maikäfer fliegt im Mai, Holger Börner im September.

# Rüstungskonzerne haben kein Interesse an Abrüstung

Bei der MAN in Gustavsburg werden zur Zeit die Untergestelle der Bodenträgerfahrzeuge für die US-Atomraketen Pershing II und Cruise Missiles hergestellt.

Es zeigt sich, die Vorbereitungen zur Stationierung der atomaren US-Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik sind in ein konkretes Stadium getreten. Es zeigt sich, die bundesdeutsche Rüstungsindustrie mischt kräftig mit. Wir veröffentlichen nachfolgend den Auszug eines Artikels aus der „Klett“, der Zeitung der DKP-Betriebsgruppe bei der MAN in Gustavsburg:

„Die MAN hat eine lange Traditionslinie bei der Rüstungsproduktion. Beginnend mit den ersten U-Boot-Dieseln 1905 über den Einheits-Diesel-Lkw-Motor der Wehrmacht bis zur „Folgegeneration“ Militärlastwagen heute.

Um was geht es bei dem aktuellen Auftrag der US-Army? Es geht dabei um „Systemträgerfahrzeuge“ mit Gesamtzuggewichten bis zu 39 Tonnen. Diese Daten sowie technische Einzelheiten und die Tatsache, daß 465 Fahrzeuge aus dem Programm abgetrennt wurden, um die Liefertermine von August 1982 bis September 1983 einhalten zu können, bestätigen, daß diese Fahrzeuge dafür bestimmt sind, als Bodenträgerfahrzeuge der US-Atom-Mittelstreckenraketen Pershing II zu dienen. Denn, daß diese Fahrzeuge nicht in Honolulu eingesetzt werden

sollen, dies bestätigt Dr. Domandl, im Unternehmensbereich für Technik und Projekte und damit für Militär-Lkw zuständig, der auf die entsprechende Frage der WT antwortete: „Ja zum Einsatz im europäischen NATO-Gebiet.“ Ein einträgliches Geschäft von etwa 700 Millionen für die MAN, wofür dann mal schon der Frieden aufs Spiel gesetzt werden kann. So handelt denn auch die MAN nach dem Motto: Alle reden vom Frieden – wir nicht.

Warum sollte die MAN auch vom Frieden reden? Ist sie doch gerade durch die Kriegsproduktion zu dem geworden, was sie heute ist – hat sie in Kriegszeiten, durch den ersten und zweiten Weltkrieg enorme Profite gemacht und ihr Imperium, ihren Machtbereich auf- und ausgebaut.

Und die Arbeitsplätze bei MAN?

Die Umstellung auf zivile Produktion wäre nutzbringend für die ganze Gesellschaft. Es steht fest, daß in der Zivilproduktion bei gleichem Einsatz von Geldern, ein Vielfaches an Arbeitsplätzen geschaffen werden könnte.

Daß dies nicht im Sinne der MAN ist, ist klar. Denn die Rüstungsproduktion bringt im Verhältnis zur zivilen Sparte mehr Profit, den die arbeitenden Menschen auch noch doppelt mit ihrer Arbeit und ihren Steuern finanzieren.

khh



Die DKP-Mörfelden lud zum traditionellen Grillfest ein, das dieses Jahr in der historischen Umgebung des „Goldenen Apfels“ im Stadtkern von Mörfelden stattfand. Neben den gewohnten leiblichen Genüssen wie Grillspezialitäten und Bier vom Faß traten einige Künstler in Aktion, die durch ihre Beiträge auch zum Nachdenken anregten. Am Infostand konnte man sich mit Materialien zum Wahlkampf und zu aktuellen politischen Themen wie Arbeitslosigkeit, Abbau der Sozialleistungen und Startbahn-West versorgen. Die Möglichkeit zu Gesprächen mit DKP-Stadtverordneten und -mitgliedern wurde eifrig genutzt. Trotz des zeitweisen schlechten Wetters konnte man mit dem Besuch zufrieden sein.

Rudi Hechler (48), verheiratet, Tochter und Sohn, auf dem Foto mit seinen Enkeln; Maschinensetzer.

Vorsitzender der DKP-Fraktion im Stadtparlament von Mörfelden-Walldorf.

Kandidat der DKP für die Landtagswahlen im Wahlkreis 47

## Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, Kolleginnen und Kollegen!

Oft höre ich von empörten Bürgern unserer Region „bei den Wahlen müssen die Startbahn-Parteien einen gepfefferten Denkmittel erhalten“. Gleiches sagen mir Arbeiter und Angestellte, die um ihre Arbeitsplätze bangen. Auch viele Kolleginnen und Kollegen, die den rigorosen Abbau sozialer Rechte verurteilen, sind der Meinung: Am 26. September wird abgerechnet, da muß mit dem Stimmzettel protestiert werden.

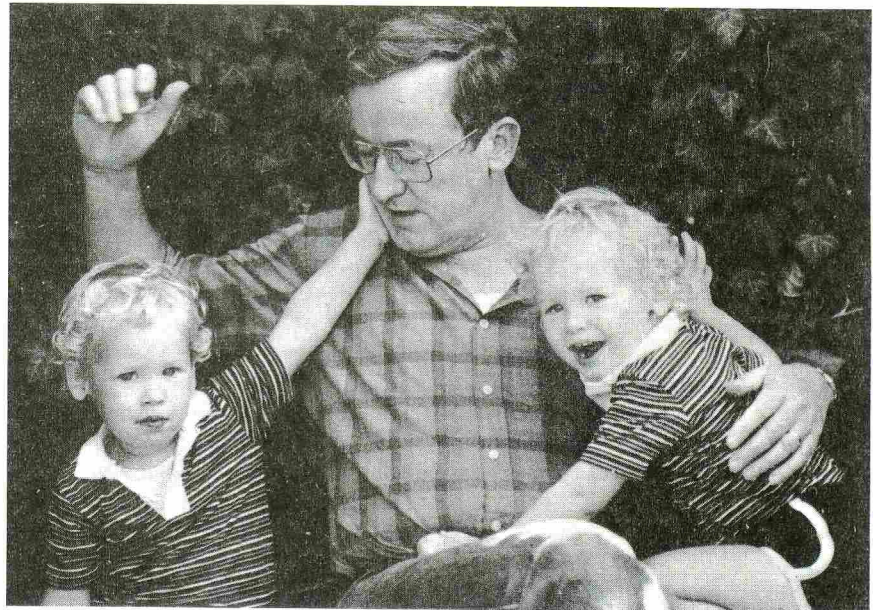
### ... am meisten fürchten sie Stimmengewinne für die DKP

Es ist sicher, die Startbahn-Parteien in Wiesbaden und Bonn beobachten ganz genau, wie in der Flughafen-Region gewählt wird und vor allem, wie die DKP abschneidet. Denn sie fürchten nichts mehr als Stimmengewinne für die DKP.

In Wiesbaden und Bonn weiß man ganz genau, Bürger, die sich für die DKP entscheiden, haben aus den Auseinandersetzungen um die Startbahn West ganz wichtige Erkenntnisse gezogen. Sie haben die Arroganz der Startbahn-Parteien durchschaut. Sie haben erkannt, daß diese Parteien meist den Wünschen der Banken und Konzerne gehorchen. Sie belasten den „kleinen Mann“, während die Großen und die Reichen noch nie so reich waren wie heute.

### Unsere wichtigste Forderung: „Arbeitsplätze statt Raketen“

Wir Kommunisten üben nicht nur scharfe Kritik. Wir haben auch konkrete Vorschläge und Forderungen, wie die Interessen der schaffenden Menschen zur Geltung gebracht werden können.



„Arbeitsplätze statt Raketen“ — mit dieser Forderung sind die dringendsten Anliegen des arbeitenden Volkes formuliert. Wir kämpfen gegen die Arbeitsplatzvernichtung durch Konzerne und Banken und fordern z. B.: Ein Beschäftigungsprogramm der Landesregierung, das die Schaffung von 200 000 Arbeitsplätzen in Hessen vorsieht, finanziert vor allem von den Konzernen, den Verantwortlichen für die Vernichtung von Arbeitsplätzen.

### Ohne Kürzung der Rüstung geht es nicht!

Der Kampf von Millionen Bürgern unseres Landes gegen die geplanten neuen amerikanischen Atomraketen ist Handeln für das Leben, gegen Rüstung und Krieg.

In den vergangenen vier Jahren wurden in Bonn mit Zustimmung von CDU/SPD und FDP fast 250 Milliarden DM für Panzer und Kanonen, für die Aufrüstung vergeudet. In den kommenden zehn Jahren sind eine runde Billion, 1 000 Milliarden Mark, für Kriegsvorbereitung vorgesehen.

Wer nicht fordert und auch dafür handelt, daß die Rüstungsausgaben gekürzt werden, daß die Reichen, die Besitzer von Großvermögen, zur Kasse gebeten werden, der kann auch nicht glaubwürdig eine bessere Umwelt versprechen, mehr Arbeitsplätze und die Erfüllung drängender sozialer Forderungen.

### Bei uns stimmen Worte und Taten überein

Wir stehen dafür ein, daß die Rüstungsausgaben gekürzt werden. Das ist möglich. Denn die „Bedrohung aus dem

Osten“ ist eine alte Lüge, ein Vorwand der Rüstungsindustrie, um immer größere Profite einzustecken. Wir fordern Abrüstung in West und Ost!

Bei uns stimmen Worte und Taten überein. Das wissen die Bürger von Mörfelden-Walldorf, die seit vielen Jahren die Erfahrung gemacht haben, daß es gut ist, Stadtverordnete der DKP zu haben. Das wissen auch viele Opel-Arbeiter, die von ihren kommunistischen Kollegen bei den Vertrauensleuten oder Betriebsrat immer gut vertreten werden.

Bei den „Grünen“ sind die Interessen und Forderungen der Arbeiter und Angestellten schlecht aufgehoben. Die „Grünen“ sind keine Arbeiterpartei. Ihre Politik, ihre Forderungen tragen nicht zur Sicherung von Arbeitsplätzen bei, nicht zur Abwehr der unsozialen Belastungen, zur Abwehr von immer höheren Steuern und Tarifen. Ich bitte alle Startbahngegner, alle, die um ihre Arbeitsplätze fürchten, die nicht wollen, daß unsere Heimat noch mehr militarisiert wird, die Bürgerwillen und Bürgerrechte geachtet wissen wollen, Ihre Wahlentscheidung gut zu bedenken und DKP, die Arbeiterpartei, die linke Alternative zu wählen.

### Stimmen für die DKP haben besonders Gewicht

Dann wird aus dem Stimmzettel ein richtiger, ein gepfeffertes Denkmittel für Dregger, Gries und Börner, für die Startbahn-Parteien, ein wirksamer und sinnvoller Protest.

Also weiter denken, jeder Stimme besonderes Gewicht geben — DKP wählen, Liste 4.

Mit freundlichen Grüßen

*Rudi Hechler*

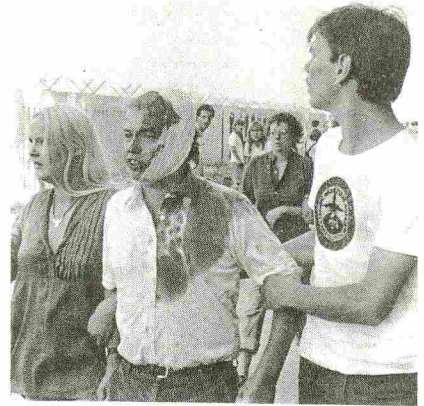
# Roter Pfeffer

In den letzten Wochen gab es in den Auseinandersetzungen um die Startbahn-West eine deutliche Zuspitzung. Bundeskanzler Schmidt verglich in Wiesbaden Startbahn-Gegner mit der SA. Dregger beschimpft die Protestierenden in Büttelborn. Derart animiert tritt die Polizei forsch auf, macht eine Hausdurchsuchung bei einem DKP-Stadtverordneten, bringt einen alteingesessenen Walldorfer Bürger in Handschellen (!) zur Polizeiwache nach Mörfelden, schlägt brutal an der Startbahn auf die Köpfe von Bürgern unserer Stadt.

In dieser Situation ist es nicht einfach, einen kühlen Kopf zu bewahren. Genau das ist aber notwendig.

Wir brauchen einen kühlen Kopf und einen langen Atem. Wir brauchen gegen die Startbahn viele politische Aktionen und keine Scharmützel mit der Polizei. Wenn wir sonntags an die Startbahn gehen, dann sind das politi-

sche Aktionen. Dieser Widerstand geht weiter, muß weitergehen. Dabei wissen wir, daß heute schon einige stramme Polizeiführer von CS-Gas und Gummigeschossen träumen. Viele von ihnen werden den Rechtsradikalen Dregger wählen, damit sie in den Besitz solcher Distanzwaffen kommen. Wie die Bürger unserer Stadt am 26. September wählen, ist aber eine andere Sache. Viele wollen die grüne Flagge zeigen, wir meinen, Mörfelden kann auch mal „traditionsgemäß“ wählen. Jeder kann sich vorstellen, wie sie in Wiesbaden und Bonn aufheulen würden, wenn aus dieser Stadt viele rote Proteststimmen kämen. Auch wenn sozialdemokratische Startbahn-Gegner wie Bernhard Brehl und Jürgen May meinen, man müsse zähneknirschend SPD wählen, glauben wir, vor allem die langjährigen sozialdemokratischen Wähler wählen diesmal am besten die Arbeiterpartei DKP. Denn es muß ein gepfeffertes Denkkzettel werden. Roter Pfeffer wäre nicht schlecht. M. Denk



*Polizeiminister Gries läßt prügeln. Diesmal traf es einen Mörfelder Handwerker, der ruhig und still sonntags an der Startbahn steht, um seinen Protest zu zeigen. Fast jeden Sonntag abend spielt die Polizeiführung verrückt. Anlässe findet sie immer. Niemand weiß, wer den ersten Stein wirft. Seit den Erfahrungen mit Polizeiprovokateuren schauen sich die protestierenden Bürger die Steinwerfer genauer an. Niemand kann sagen, ob sich die Polizeiführung die passende taktische Lage gerade wieder einmal selbst schafft.*



*„Gruß von Börner“ steht auf den Dachlatten, die Rudi Hechler, Landtagskandidat der DKP, an Infoständen und im Startbahnwald gegen Spenden abgab. Die Polizei verhaftete danach zahlreiche Bürger, die eine Latte bei sich trugen. Rudi Hechler erklärte dazu u.a.: „Nicht in einem Fall wurde eine Latte als Schlaginstrument benutzt, alle Bürger betrachteten sie als Demonstrationsobjekt gegen einen Ministerpräsidenten, der sagte, früher auf dem Bau hätte man solche Auseinandersetzungen mit Dachlatten erledigt.“ Hechler wies darauf hin, daß CDU-Kandidaten Messer mit der Aufschrift verteilen „Mit uns schneiden Sie besser ab.“*

## Hausdurchsuchung

Die DKP-Hessen und die DKP-Stadtverordneten von Mörfelden-Walldorf protestieren scharf gegen die Hausdurchsuchung der Wohnung des DKP-Stadtverordneten und Landtagskandidaten Herbert J. Oswald.

Herbert Oswald ist ein bekannter Startbahngegner, der seit vielen Jahren mit an der Spitze des gewaltfreien Widerstandes in der Flughafenregion steht.

Nach Angaben der Polizei wurden „Stahlkugeln und Präzisionsschleudern“ gesucht, die man aber nicht fand.

Diese Haussuchung ist ein infamer Kriminalisierungsversuch der DKP und der Startbahngegner. Die DKP und selbstverständlich ihre Landtagskandidaten wirken politisch aktiv gegen den Bau der Startbahn-West. Die DKP wertet den Startbahnbau als ein großes Umweltverbrechen. Die beabsichtigte militärische Nutzung der Startbahn ist eine Gefahr für die Bürger einer ganzen Region.

Die polizeiliche Durchsuchung verfolgt offensichtlich den Zweck, die DKP und ihre Landtagskandidaten in die Nähe terroristischer Gewalttäter zu rücken.

Diesen Kriminalisierungsversuchen sollten alle Demokraten entschieden entgegentreten.

# Was liegt im Oberwald?

Kürzlich, am 18. August 1982, berichtete das Fernsehmagazin „Monitor“ über das größte amerikanische Giftgaslager in Europa bei Fischbach, nahe Pirmasens, ca. 170 km von uns entfernt. Dort sind an die 10.000 Tonnen gefährlicher chemischer Kampfstoffe gelagert. Mit einem kleinen Teil des eingelagerten Giftgases kann, wie der „stern“ (Nr. 34, 19.8.82) schrieb, alles Leben in Europa mehrfach vernichtet werden.

„Monitor“ und der „stern“ lieferten, gestützt auf Fotomaterial der französischen kommunistischen Zeitung „Humanité“ und der DKP, alarmierende Beweise über Vorgänge im US-Giftgaslager bei Pirmasens. Außerdem teilte der „stern“ mit, daß das amerikanische Kriegsministerium die Einrichtung von fünf weiteren Giftgas-Lagern in der Bundesrepublik betreibt, daß vorhandene Lager ausgebaut werden. Denn in den USA wurde ein umfangreiches Programm für die Produktion chemischer Kampfstoffe beschlossen. In diesem Zusammenhang ist der US-Giftgas-transport, der am 24. August '82 auf der Autobahn bei Bensheim beobachtet wurde, von besonderem Interesse (Ein Reporter des „Bergsträßer Anzeiger“ hatte die Transportwagen im Autobahnstau fotografiert und wurde von der Begleitmannschaft mit der Waffe bedroht.).

Im Zusammenhang mit den jetzt bekannt gewordenen neuen Tatsachen fordern wir erneut:

- Information und Aufklärung, was im streng abgesicherten US-Depot im Oberwald eingelagert ist. Vertreter der Bürger müssen endlich Gelegenheit erhalten, sich zu informieren.
- Wir fordern Information und Aufklärung über Pläne, das Terrain um den Flughafen als „Nachschublager“ weiter auszubauen, sowohl als Umschlagplatz für Rüstungsgüter, Atomwaffen und Raketen aber möglicherweise auch als Zentrale für die Lagerung von Giftgas.

Amerikanische Militärkreise weisen darauf hin, daß es eine Lagerung von chemischen Kampfstoffen in der Nähe von Flughäfen möglich macht, längere Landtransporte über Straßen mit Lastwagen zu vermeiden. In diesem Fall könnten die Giftgasbehälter direkt aus den Flugzeugen im angrenzenden Waldgebiet eingelagert werden. Jeder weiß, das US-Depot im Oberwald liegt in unmittelbarer Nähe der Air Base.

Die Bürger unserer Region haben ein Recht auf wahrheitsgemäße Information. Denn sie sind es, die das Risiko tragen, denen man bildlich gesprochen

zumutet, im Benzin zu stehen, während US-Truppen mit Feuerzeugen hantieren.

Wir wollen das Verbot und die Vernichtung aller chemischen und bakteriologischen Kampfstoffe.

Die Sowjetunion fordert seit Jahren, daß diese Vernichtungsmittel verboten und geächtet werden.

Die USA aber weigern sich, einen solchen völkerrechtlichen Vertrag abzuschließen. Die Reagan-Administration hat sogar vor wenigen Wochen ein neues Programm für die Produktion noch gefährlicherer chemischer Waffen, „binärer Kampfstoffe“ beschlossen.

Wir fordern erneut den Abzug aller chemischen Kampfstoffe aus der Bundesrepublik. Diese Giftgase, die die USA hier einlagern, sind Angriffswaffen, sie sind mit den Gesetzen der Bundesrepublik unvereinbar, sie sind verfassungswidrig. Sie sind eine ständige Bedrohung für das Leben eines jeden Bürgers unserer Region. Schon ein kleiner Zwischenfall kann, angesichts der ungeheuren Wirkung der Giftstoffe, eine Katastrophe auslösen.

Die Stadtverordnetenversammlung unserer Stadt hat in den vergangenen Jahren auf Initiative der DKP-Fraktion mehrmals gegen das US-Bomben-Depot im Oberwald protestiert. Angesichts der neuen Giftgas-Enthüllungen scheint es notwendig, daß das Stadtparlament die Sache nicht aus den Augen verliert.



Ankunft der „Umweltstafette“ in Mörfelden. Von Biblis kommend radelte auch Dr. Ellen Weber, die Vorsitzende der hessischen DKP (links im Bild) durchs Ried. Insgesamt 900 Kilometer wollen Umweltschützer und überparteiliche Bürgerinitiativen durch Hessen fahren. Man berührt dabei die Brennpunkte der Umweltzerstörung in diesem Land. Am 18. September endet die Stafette mit einer großen Demonstration in Wiesbaden.

# Eine Begegnung mit Ludwig Cohn

Von Pfarrer K. H. Geil, Mörfelden

Wir hatten telefonisch ausgemacht, daß ich ihn von Labastide de Levis, einem vorgelagerten Ortsteil Albis, über dem Tarn, sofort anrufe, um unsere Ankunft zu melden. So geschah's denn auch am Tage nach unserem Eintreffen, nach dem Einrichten und ersten Sich-Zurechtfinden.

Ein kleiner, lächelnder, quirliger, agiler Mann fährt vor auf dem Campingplatz St. Maury, begrüßt uns und ist überaus erfreut, Mörfelder begrüßen zu können. Er hat einen Freund aus Graulhet (ca. 30 km von hier entfernt) dabei, mit dem er französisch spricht, mit uns spricht er ein gutes Hochdeutsch, dem man nur dann, wenn man selbst aus unserer hessischen Region kommt, anmerkt, daß da einmal das Hessische mitgeklungen ist.

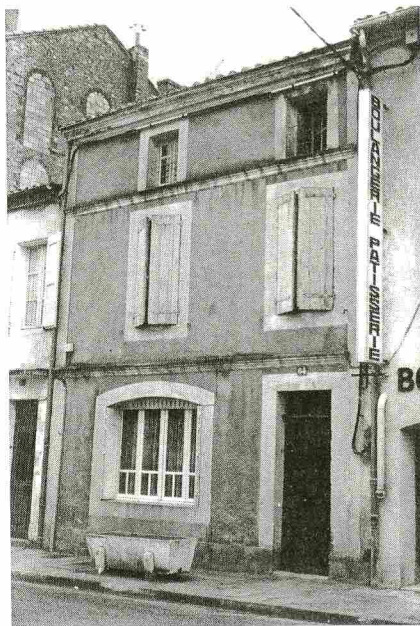
Er bringt uns erst einmal eine riesige Sammlung von Bildern mit, die im Frühsommer beim Jahrgangsausflug entstanden sind. Auch ist er interessiert an allem, was so bei uns in Mörfelden vorgeht. Man kann – auch wenn er es jetzt vielleicht bestreiten würde – alles in einem Satz zusammenfassen. Ludwig Cohn hat zwar nicht unbedingt Heimweh nach Deutschland – er ist Franzose geworden – aber irgendwo in einem Winkel seines Herzens hat er vor allem Heimweh nach Mörfelden. Mörfelden, das ist für ihn wohl mehr als nur eine Erinnerung an Kindheitstage, das ist mehr als nur Vergangenheit für ihn... Wiewohl diese Vergangenheit ihm ja übel mitgespielt hat. Er ging ja nicht aus freien Stücken. Er mußte ja gehen, weil die völlig falsche Ideologie von Rasse und Wert irgendwelcher Rassen gegenüber anderen das Nationalgefühl der meisten Deutschen derart pervertiert hatte, daß viele nicht mehr klar denken konnten. Ludwig Cohn war eines der Opfer, auch wenn es ihm gelang, sich eine respektable Existenz aufzubauen. Er ist noch einige Male bei uns. Auch z.B., um uns mitzubringen, was wir in Deutschland vergessen hatten: unsere Geschenke für ihn, Krüge und Becher wie auch unsere beiden Gitarren...

Und dann sind wir in Graulhet. Wir besichtigen seine Gerberei. Mittlere Größe, von ihm kaufmännisch und von seinem älteren Sohn technisch geleitet – Frau Cohn, sie stammt aus Saarlouis und spricht auch unsere Sprache, arbeitet fleißig mit. Der jüngere Sohn hat übrigens eine Garage (VW) und kann mich bezüglich Vergaserschwierigkeiten bei einem unserer Bedfords beraten und beruhigen.

Zurück zur Gerberei: 40 Mitarbeiter. Eine nicht leichte Arbeit. Es riecht nicht allzugut. Schon beim Eingang von Graulhet, eine hübsche und saubere Stadt im übrigen, fällt einem der Gerbereieruch auf. Der Stundenlohn ist nicht hoch, aber man ist bescheiden. Bescheiden geblieben ist übrigens auch Ludwig Cohn. Den Jugendlichen fällt das sofort auf, wie wir sowieso alle darin einig sind: ein liebenswürdiger und ein liebenswerter Mann. Wir besichtigen gründlich, und wir werden auch gründlich informiert. Soziale

Fragen? Natürlich. Zwar nicht ganz so wie bei uns in Deutschland, aber immerhin. Wir treffen übrigens einen anderen Deutschen, der bei den Cohns arbeitet. Auch er ein Opfer des Nazireiches...

Mitterrand? Na ja, er hat die Arbeitszeit verkürzt bei bleibendem Lohn, er strebt die Dezentralisierung an... Zur Zeit wird ja alles und jedes von Paris aus geregelt. Immerhin: An den Schulen wird neben dem Französisch jetzt auch die Langue d'Oc, die occidentale Sprache, gelehrt. Apropos Languedoc: Herr Cohn ist einer der Commissaires des Tanneurs du Languedoc, ein „Hohes Tier“, und in Graulhet ist er sehr angesehen. Was nimmt's wunder, daß er, als wir im Supermarkt für unser Pique Nique einkaufen, von allen Seiten begrüßt wird. Wir verbringen einen herrlichen Nachmittag, draußen, in einem Landhaus, das einem Freunde und Kollegen Ludwig Cohns gehört. Wen wundert es, wenn wir immer wieder überlegen, ob es nicht zwischen Mörfelden und Graulhet Beziehungen geben könnte, die über gelegentliche Besuche hinausgehen...?! Zwar hat Graulhet bereits eine deutsche Partnerstadt (Prien am Chiemsee), doch wird niemand die Bürger von Graulhet daran hindern können, sich eine zweite Partnerstadt auszusuchen. Wir jedenfalls werden wieder dorthin fahren; denn solche Kontakte sind mehr wert als all das übliche Gerede von Europa...



*Kurt Bachmann, langjähriger Vorsitzender der DKP in der Bundesrepublik, lebte als Emigrant in diesem Haus in Graulhet. Dort traf er damals auch Ludwig Cohn und arbeitete mit ihm zusammen.*

# 1. September Antikriegstag

*Der 1. September ist „Antikriegstag“. In unserer Stadt gab es an diesem Tag eine Kranzniederlegung am Gedenkstein des ehem. KZ-Außenlagers in Walldorf und eine Abendveranstaltung mit Pfarrer Stuckmann, Peter Härtling und Gerd Schulmeyer, der Friedenslieder vortrug. In einem Aufruf zum 1. September, der u.a. von Pfarrer Geil, Peter Härtling und Ernst Knöß unterzeichnet war, hieß es:*

„Am 1. September 1939 begann der Überfall der Hitlerfaschisten auf Polen. Dieser Tag, der allgemein als Beginn des zweiten Weltkrieges gilt, wird heute als Weltfriedenstag begangen. An diesem Tag soll den Opfern dieses und der anderen verbrecherischen Kriege gedacht werden. An diesem Tag soll aber auch aufgeklärt und demonstriert werden für den Frieden in der Welt. In aller Munde ist die in den letzten Jahren entstandene Friedensbewegung auch in unserem Land. „Frieden schaffen ohne Waffen; keine Stationierung neuer Atomraketen in Europa; Sicherung der Zukunft durch Abrüstung in Ost und West.“ Diese Losungen zeigen den Weg, der unserer Meinung nach beschritten werden muß, und in deren Rahmen insbesondere auch von der Bundesrepublik aus ein eigenständiger Beitrag zur Erhaltung des Weltfriedens zu leisten wäre. In Mörfelden-Walldorf hat, als erste in der Bundesrepublik, die Stadtverordnetenversammlung beschlossen, unsere Stadt als Atomwaffenfreie Zone zu erklären. Dies ist ein bedeutender Schritt in die richtige Richtung, dem widersinnigen Wettrennen zu begegnen und ein Beitrag zur Verhinderung eines atomaren Infernos. Bereits über 200 Städte und Kommunen haben sich in Europa zu atomwaffenfreien Zonen erklärt, darunter so bedeutende wie London, Amsterdam und Rom.

Die Abrüstung, der einzige Weg zur Friedenssicherung, ist aber darüber hinaus ein wichtiger Schritt zur Sicherung unserer Zukunft, auch in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht. Die Mittel für eine bessere soziale Versorgung unserer Bevölkerung können hierdurch bereitgestellt werden. Die Grundlagen für eine gesunde, wirtschaftliche und arbeitsplatzsichernde Zukunft können gelegt und die Gelder für den Umweltschutz aufgebracht werden. Ebenso die Mittel für eine langfristige Heranführung der Entwicklungsländer an einen gehobeneren Lebensstandard ohne Hunger, verbreitete Krankheiten und Analphabetentum.“

**unsere zeit**  
Die Zeitung der arbeitenden Menschen – Zeitung der DKP  
5. Jahrgang, Nr. 128

Schon mal gelesen?

# Resolution zum Müllproblem

Die Diskussion um das Thema Müllentsorgung hatte einen neuen Höhepunkt mit dem Beschluß der Kreistagsmehrheit aus SPD und Grünen, die Müllgebühren pro Kopf der Bevölkerung von 27,50 auf 35 Mark ab 1.1.83 zu erhöhen. Der Magistrat unserer Stadt wollte per Antrag diese Erhöhung voll an die Bürger weitergeben. Dies wurde mit den Stimmen der CDU, Grünen Bürgerliste und DKP verhindert (wir berichteten im „blickpunkt“, Nr. 138 darüber).

Seit ein paar Jahren macht man sich Gedanken über die Beseitigung von Müll. Die verschiedensten Initiativen zielen darauf ab, die Müllmenge zu verkleinern. Unter dem Begriff „Recycling“ ging man den Schritt zur Getrennteinsammlung z.B. bei Papier, Glas, Batterien, Altöl, Medikamenten etc. Jetzt lag der Stadtverordnetenversammlung eine Resolution der DKP-Fraktion vor, mit dem Inhalt, durch Gesetze und Verordnungen vor allem die Verpackungsindustrie zu binden, den Müll bei der Produktion zu drosseln.

DKP-Stadtverordneter Rudolf Dötsch sagte in seiner Erklärung u.a.: „Daß sich jede Fraktion hier im Hause Gedanken macht, wie die Müllentsorgung in Zukunft bewerkstelligt werden soll, ist ein positives Zeichen. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung ist, durch Getrennteinsammlung die Wiederverwendung von Abfallstoffen zu fördern und schädliche Stoffe aus dem Müll fernzuhalten. Ziel ist es also, die Müllmenge zu verringern. Daß dieses Ziel nicht erst beim Abfall angegangen werden muß, sondern bei der Entstehung von Produkten, die nicht unbedingt notwendig sind, dürfte einleuchtend sein. In der Vergangenheit ist viel Unsitte in dieser Beziehung entstanden. Es ist absolut nicht einsehbar, daß ein Stück Seife dreimal verpackt sein muß, daß eine Zahnpastatube nochmals in einer Schachtel steckt, daß es Einwegbehältnisse gibt, weil es für Erzeuger und Handel einfacher und billiger ist, jedoch nicht für den Verbraucher. Anführen möchte ich die Unsitte bei Zeitungen, wo in der Wochenendausgabe 60 – 70 % Werbung und Stellenanzeigen sind, die von 90 % der Leser im Bündel weggeworfen werden, ohne sie überhaupt zur Kenntnis zu nehmen. Dies ließe sich einfacher und billiger machen. Die Menschheit verarbeitet jährlich 1 Mrd. Festmeter Holz zu Papier. Eine einzige Sonntagsausgabe der

„New York Times“ frißt 62 ha Wald. Wenn das Problem nicht an der Wurzel, der spätere Müll nicht bei der Entstehung, der Produktion abgebaut und gestoppt wird, brauchen wir auch nicht vom „undisziplinierten Bürger“ zu sprechen. Da wurde im Ausschuß gesagt, daß die Resolution keine Probleme löse. Hier muß ich die Frage stellen, wie denn überhaupt ein Problem gelöst wird, doch erst dann, wenn durch Diskussion, Meinungsbildung, Manifestation ein Problem erkannt und publiziert wird. Auch Behörden und Parlamente sitzen gelegentlich nicht in den heren gläsernen Schreinen, sondern sind auch Teil der Bevölkerung und sollen deren Sprachrohr und Beschlußorgan sein.

Mörfelden-Walldorf ist nicht Nabel der BRD und diese Resolution wird nicht nächste Woche in greifbare Ergebnisse einmünden, diese Illusion haben auch wir nicht.

Doch daß wir als Kommunalpolitiker durchaus zuständig sind, daß wir Lösungsvorstellungen entwickeln und

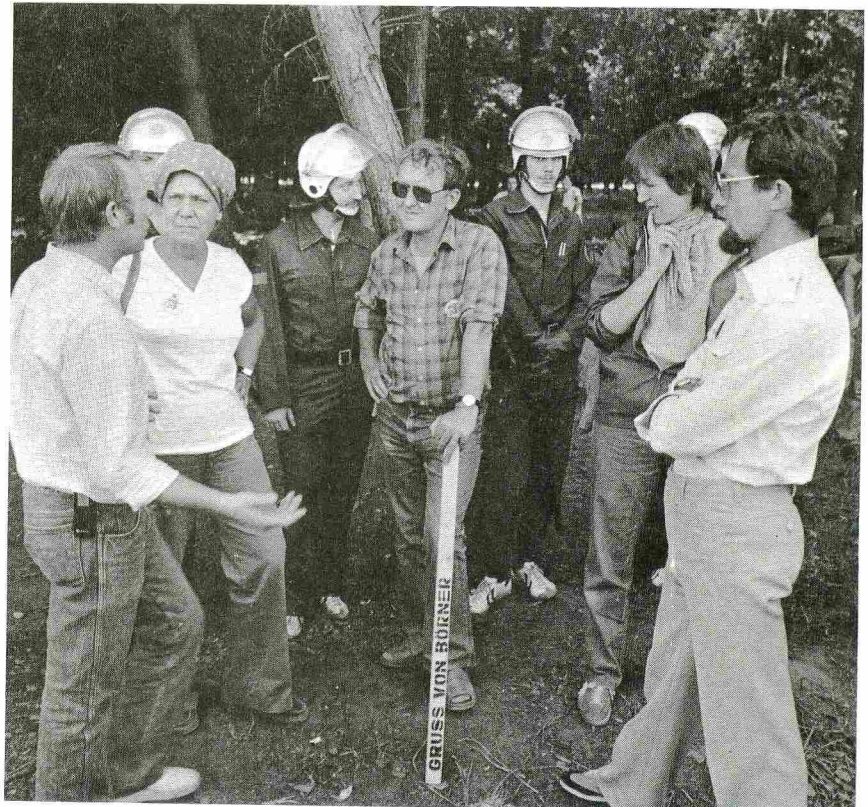
weitertragen, das dürfte doch unbestritten sein.

Die GB-Fraktion empfahl, den letzten Absatz der Resolution neu zu fassen: „Zum Schutze unserer Ressourcen ist es zwischenzeitlich zwingend geboten, mittels gesetzlicher Rahmenbedingungen Verpackungsmaterialien und Einwegbehältnisse gezielt zu minimieren und auf dem Wege der Müllentsorgung durch Anreize und Investitionsprogramme für ein umfassendes Recycling Sorge zu tragen.“ Dem stimmte die DKP zu.

Der letzte Satz der Resolution fand nicht die Zustimmung der SPD, obwohl sie in den Ausschüssen keine Bedenken hatte. Dieser Satz lautet: „Unsere Kommune ist in der Zukunft nicht mehr bereit, die ständig steigenden Müllentsorgungskosten auf die Bürger umzulegen, nur weil übergeordnete Behörden, Regierungsstellen und Parlamente sich nicht entschließen können, umfassende gesetzliche Rahmenbedingungen für eine Umstrukturierung im Sinne des Ressourcenschutzes und einer Recyclingwirtschaft zu beschließen.“

Damit wurde also deutlich, daß die SPD auch in Zukunft Gebührenerhöhungen anpeilt.

\*\*\*\*\*



*Nicht nur vor Wahlen an der Startbahn. Die DKP-Vorsitzende von Hessen, Ellen Weber (links), steht seit Beginn der Auseinandersetzungen aktiv im Widerstand gegen dieses Umweltverbrechen in Südhessen.*

## Halbe Million

AEG-Vorstandsmitglieder haben keine finanziellen Sorgen. Dafür haben sie beizeiten vorgesorgt. Über eine halbe Million – 582.347 DM – steckte sich jedes der sieben Vorstandsmitglieder im Jahre 1981 in die Tasche. Und das ist noch nicht alles. Hinzukommen „Sach- und Geldwertleistungen“, die nach Schätzung von Experten 30 bis 40 Prozent der Bezüge von Vorstandsmitgliedern betragen. Ihre Existenz ist in jedem Falle gesichert. Unsere Existenz und die unserer Familien machen solchen Leuten keine Sorgen. Ihre Sorgen gelten dem Gewinn. Und dafür müssen Arbeitsplätze vernichtet werden. Dafür werden Arbeiter und Angestellte um ihre Pensionsansprüche betrogen.

## Einladung zur Wahlversammlung

AM 22. SEPTEMBER 82, 20 UHR

IM BÜRGERHAUS MÖRFELDEN

ES SPRICHT: DR. ELLEN WEBER

VORSITZENDE DER DKP HESSEN



## Mörfelden gestern

*Ein prächtiges zweispänniges Kuhfuhrwerk. Es wird in der Zeit um 1936 – 38 gewesen sein, als die beiden Frauen bei ihrer Arbeit fotografiert wurden. Im Hintergrund sieht man die Autobahn, noch gespensterhaft leer, wie an einem autofreien Sonntag – oder war sie noch nicht in Betrieb genommen? Vielen ist auch noch der auf dem Bild sichtbare Jägersteg, eine Fußgängerbrücke über die Autobahn, in Erinnerung. Gleich dahinter, auf der östlichen Seite, einer der bescheidenen Mörfelder Rodelberge, die „Höhberge“.*